

## Emmerich Emmer meint

### Die zweite Wahl

Die Würfel sind beim zweiten Wahlgang in die Luzerner Regierung definitiv und überdeutlich gefallen. Robert Küng, Yvonne Schärli-Gerig, Marcel Schwerzmann und Reto Wyss haben alle mit um die 52 000 Stimmen das Vertrauen erhalten. Der Emmer Gemeinderat und Finanzdirektor blieb mit fast 30 000 Stimmen weniger deutlich auf der Verliererstrasse. Damit holte Urs Dickerhof mit bloss 24 Prozent der Stimmen noch weniger als im ersten Wahlgang, wo es zu 27 Prozent reichte. Ein krasses Verdikt, das sich in der Tendenz ja schon nach dem ersten Wahlgang abgezeichnet hat. Und zwar so deutlich, dass manch einer sich gefragt hat, was dieser zweite Wahlgang – ausser hohen Kosten – überhaupt noch bringen solle. Glaubt man dem kantonalen SVP-Parteipräsidenten, liegt die Schuld an diesem Wahldebakel daran, dass die anderen Parteien keinen richtigen Wahlkampf betrieben haben. Und weiter interpretiert man das Resultat damit, dass man im Kanton Luzern die SVP wohl lieber als klare Oppositionspartei denn als Regierungspartei sehe. Hier sei etwas neckisch nachgefragt, worin denn der Unterschied besteht. Wie viele Beispiele in anderen Kantonen und im Bund zeigen, spielt die SVP mit oder ohne Regierungsbeteiligung eine starke Oppositionsrolle. Etwas süffisant wird nachgeschoben, dass man den unterlegenen Emmer Finanzdirektor wohl lieber als Gemeinderat behalten möchte, denn als Regierungsrat in Luzern delegiere. Nachdem er bereits im ersten Wahlgang in seiner Wohngemeinde nur den vorletzten Platz belegt hat, ist der zweite Wahlgang noch ernüchternder ausgefallen. In Emmen erhielt er mit lediglich 1208 Stimmen klar den letzten Platz, während die auswärtigen Kandidaten zwischen 2751 und 2960 Stimmen buchten. Ob es bei einer mageren Stimmbeteiligung von 31 Prozent gelungen ist, nur schon die eigene Parteibasis an die Urnen zu bringen, mag bezweifelt werden. Ohne Heimbasis ist aber ein solches Unterfangen nicht zu schaffen, und ob der Rückhalt innerhalb der eigenen Partei in Emmen effizient war, muss bezweifelt werden. Schon bei den Kantonsratswahlen wurde Urs Dickerhof, wenn auch nur knapp, in Emmen vom SVP-Ortspartei-Präsidenten Werner Gloggner übertroffen, und dies beim gleichzeitig laufendem Regierungsratswahlkampf mit einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit. Dass die SVP aufgrund ihres Wähleranteils Anspruch auf einen Regierungsratssitz hätte, ist unbestritten. Und wenn es ihr gelingt, eine starke Persönlichkeit aufzubauen, die Vertrauen über die Parteigrenzen hinaus genießt, wird dieses Ziel auch erreicht werden. Ob hingegen die vom Kandidaten und vom kantonalen Parteipräsidenten in das Wahlergebnis gemachten Interpretationen zutreffen, wird sich im Frühjahr 2012 weisen, wenn in Emmen Einwohnerrats- und Gemeinderatswahlen anstehen.

Ihr Emmerich Emmer  
emmerich-emmer@dieregion.ch

# Stadtregion: Einwohnerrat Emmen will einen Marschhalt

**EMMEN** – Liegt das Projekt Starke Stadtregion in den letzten Zügen? Zumindest die FDP- und die SVP-Fraktion wollen die Vorlage aufs Eis legen, bis der Kanton seine Beitragsleistung an eine Fusion oder Kooperation festgelegt hat.

Mit einer Motion forderten Reto Bieri von der SVP und Mitunterzeichner den Gemeinderat auf, das Projekt Starke Stadtregion Luzern solange zu sistieren, bis sämtliche Fakten bekannt sind, insbesondere bis rechtskräftig beschlossen ist, ob ein Kantonsbeitrag an die allfällige Fusion in



Emmen will das Projekt Starke Stadtregion Luzern solange sistieren, bis sämtliche Fakten bekannt sind.

rowi

## Die weiteren Geschäfte in Kürze

- Das Dringliche Postulat Christian Blunski (CVP) vom 13. Mai betreffend Ziele und Forderungen für Kooperations- und Fusionsverhandlungen-Katalog des Gemeinderates zuhanden der Stimmberechtigten wurde als dringlich erklärt.
- Der Rat überwies anschliessend das Postulat teilweise dem Gemeinderat.
- Zurückgewiesen vom Rat wurde ein Bericht und Antrag zur Teiländerung des Zonenplans mit der Umteilung einer Fläche im Gebiet Neuhüsern von der Landwirtschafts- in eine Sonderbauzone. Die FDP-Fraktion votierte für Rückweisung. Der Gemeinderat beantragte Eintreten. In einer ersten Abstimmung erhielt die Rückweisung 37 Stimmen, ein Ratsmitglied sprach sich für Eintreten aus. Der obsiegende Antrag Rückweisung erhielt in einer zweiten Abstimmung 22 Stimmen, der Nicht-eintretensantrag verzeichnete 16 Stimmen.

der Stadtregion Luzern zur Verfügung steht oder nicht. Da dies erst im kommenden Jahr bekannt wird, soll die für November 2011 vorgesehene Volksabstimmung über die nächste Projektphase verschoben werden.

Gemeindepräsident Thomas Willi legte ausführlich dar, warum eine Verschiebung für den Gemeinderat nicht in Frage kommt. Die Gemeinden Adligenswil, Ebikon, Emmen, Kriens und Luzern haben sich bereits 2008 ver-

plichtet, die Abklärungen gemeinsam durchzuführen. Am 28. März 2011 hat die Projektsteuerung ihren Schlussbericht zur Abklärungsphase publiziert. Die Ausführungen im Schlussbericht belegen, dass der Grundsatz der Ergebnisoffenheit konsequent eingehalten wurde und die beiden Szenarien, verstärkte Kooperation oder Fusion, gleichwertig behandelt wurden. Bei der Abstimmung vom November werde lediglich darüber abgestimmt, ob man in die nächste Projektphase eintreten wolle oder nicht. Dabei ist es nicht zwingend, dass über den Kantonsbeitrag abschliessend Klarheit besteht. Die Volksabstimmung im Kanton soll Mitte 2012 stattfinden.

### «Nicht die Katze im Sack kaufen»

Als Kompromissvorschlag konnte sich die CVP die Umwandlung der Motion in ein Postulat vorstellen. «Der Gemeinderat muss aber klar aufzeigen, was er bei der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden anstrebt. Die CVP will wissen, was sich der Gemeinderat bezüglich Vereinspolitik, Quartierpolitik oder des Flugplatzes Emmen vorstellt. Schliesslich sollen die Emmer nicht die Katze im Sack kaufen müssen», meinte CVP-Fraktionschef Christian Blunski. Für die FDP-Frak-

tion betonte Ruth Heimo-Diem, dass man einstimmig für einen Marschhalt sei. Die Fraktion unterstütze eine Fusion nur, wenn für Emmen ein Mehrwert entstehe. Bei der Terminplanung habe der Kanton einen Fehler gemacht, da die entsprechende Vorlage für den Kantonsbeitrag bis Ende 2010 nicht dem Kantonsrat vorgelegen habe. Deshalb sei die Fraktion für eine teilweise Überweisung der Motion.

### «Wirtschaftsstandort stärken»

Monique Frey von der SP/Grüne Fraktion bedauerte, dass die ganze Fusionsdiskussion von den Finanzen bestimmt werde. Sie verstand nicht, dass vor allem die FDP nun einen Businessplan fordere, der allerdings weit in die Zukunft reichen würde. Dies sei etwas illusorisch. «Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts stärken. Eine starke Stadtregion Luzern wird zudem ihre Attraktivität in einem vernünftigen Mass steigern, um sich auch in Zeiten der knapperen finanziellen Mittel im interkantonalen und nationalen Umfeld zu behaupten», forderte Monique Frey.

Für die FDP betonte Conny Frey, dass man sich immer für eine Stärkung des ganzen Kantons als Wirt-

schaftsstandort und Lebensraum einsetze. Bei Fusionen müsse aber der Beitrag des Kantons geklärt sein. Bis zum geplanten Abstimmungstermin vom 27. November wisse man nicht, in welchem Umfang sich der Kanton an einer allfälligen Fusion beteiligen werde. Deshalb sei ein Marschhalt angezeigt. «Wir sagen Ja zur Aufnahme von Fusionsverhandlungen, aber nicht heute und nicht bei diesen unvollständigen Grundlagen. Deshalb unterstütze die FDP die Motion der SVP einstimmig.

Die Motion wurde mit 20:18 Stimmen vollständig überwiesen, die Umwandlung in ein Postulat wurde mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt.

### Rechnung wurde genehmigt

Wegen der Teilnahme des gesamten Einwohnerrates an einem Anlass bat Präsident Thomas Lehmann um eine möglichst speditive Behandlung der Geschäfte. So wurde die Rechnung 2010 mit einem Defizit von 1,378 Millionen Franken ohne grosse Diskussionen einstimmig genehmigt. Weitere Traktanden zur Gesamterneuerung des Cityrings, Doppelmandaten von Gemeinderäten und der Stand der Strompreis-Verhandlungen mit den CKW wurden auf die nächste Sitzung verschoben.

Anton A. Oetterli

Anzeige

**ROHNER**  
Wir nutzen den Regen.  
Sie auch?  
Regenwassernutzung  
Wasser-Erdtanks  
für Haus und Garten

Elmar Röhrner AG  
6142 Gettnau  
Telefon 041 970 10 53  
www.roehner.ch

## Kommentar

### Bitte die Bremse lösen

Der Einwohnerrat hat entschieden. Das Verfahren war korrekt, aber es weckt Unverständnis. Das Projekt «Starke Stadtregion Luzern» verfolgte eine klare Vorwärtsstrategie. Der Stimmbürgerschaft war bewusst, dass Zeichen gesetzt werden müssen und dass man nicht weiter in der kleinkarierten und gemütlichen Grube weiterwursteln kann. Und dann ist klar festzuhalten: Das Gemeindeparlament kann und darf einen Volksentscheid nicht ausser Kraft setzen. Was also letzten Dienstag passierte, ist fragwürdig. Das Parlament gab den Stimmberechtigten einen Tritt ans Schienbein. Aber so geht das nicht. Dass sich die SVP gegen Neuerungen wehrt, ist bekannt. Es ist auch ihr gutes und demokratisches

Recht, sich diesbezüglich zu äussern und entsprechende Vorstösse einzubringen. Dass sich nun aber die FDP als einst staatstragende und zukunftsgerichtete Partei zu einem Kniefall herablässt, ist äusserst befremdlich. Es nervt. Die FDP hat eine staatstragende Aufgabe, und sie ist verpflichtet, diese Aufgabe ohne Wenn und Aber wahrzunehmen. Dies auf kommunaler, kantonalen und nationaler Ebene. Wenn die FDP nun glaubt, dass sie ihren Weg verlassen kann, und je nach Fahne einmal nach links und dann wieder nach rechts abdriftet, muss sie sich nicht wundern, wenn ihre Wählerschaft dahinschmilzt wie der Schnee an der Sonne. Die FDP hat im Gleis zu bleiben und eine eigenständige Politik zu betreiben. Dies war in jüngster Zeit lei-

der nicht der Fall. Daher auch der Downfall. Die FDP hat die Aufgabe, den Staat zu entwickeln, und nicht, Entwicklungen zu bremsen. Mit Anbiederungen lässt sich eine Partei nicht retten. Die noch verbliebenen Getreuen der FDP erwarten eine klare, verständliche Politik, welche die Würde der Gemeinde, des Kantons und des Landes ins Zentrum setzt. Alles andere ist Unsinn. Konkret ist zu erwarten, dass die FDP Flagge zeigt, sich auf ihre Aufgaben besinnt und sich in keiner Weise anbiedert. Vor allem nicht an Parteien, die mit unsinnigen Vorstössen die Zukunft der Gemeinde, des Kantons, des Landes, aber auch der Jugend gefährden.

Peter A. Meyer